

CoronaUpd_17 Kapitel 22: Anti-Rechts, Weltoffenheit, Europa und Internationales

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 24.05.2020

Text

2231 Auch in Köln setzen rechte Populist*innen und Faschist*innen unsere Gesellschaft
2232 zunehmend unter Druck. Sie versuchen, die Grenzen der „politischen Korrektheit“
2233 unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu verschieben. Nicht nur im Internet,
2234 sondern auch in der analogen Welt beleidigen, bedrohen und greifen sie Menschen
2235 aufgrund ihres Engagements, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer sexuellen
2236 Orientierung oder ihres Geschlechts an. Auch vor Mord schrecken rechte
2237 Extremist*innen nicht zurück. Köln hat als weltoffene Metropole im Herzen
2238 Europas eine besondere Verantwortung, sich dem entschieden zu widersetzen,
2239 soziale Verantwortung zu übernehmen und sich global gesehen für Menschenrechte
2240 und Klimagerechtigkeit einzusetzen.

2241 Kassel, Halle, Hanau und auch Thüringen machen deutlich: trotz vieler
2242 Initiativen und Fortschritte hin zu einer bunten weltoffenen
2243 Bundesrepublik dürfen wir nicht nachlassen, sondern müssen weiterarbeiten
2244 für eine demokratische und wirklich integrative Gesellschaft, in der die
2245 Grund- und Menschenrechte für alle gesichert werden. Dafür benötigen wir
2246 vorbildliche Projekte wie das "Kölner Initiativenhaus für Menschenrechte
2247 und Demokratie" in der sich Nichtregierungsorganisationen vernetzen können
2248 und Räume geschaffen werden in der Demokratie mit allen Menschen
2249 diskutiert werden kann. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,
2250 Antisemitismus, Rechtsradikalismus und der darin zum Ausdruck kommenden
2251 Demokratiefeindlichkeit, und auch die Aufdeckung rechter Netzwerke ist für
2252 uns zentral.

2253 Auch rechten und nationalistischen vermeintlichen „Freunden des
2254 Grundgesetzes“ und Verschwörungstheoretikern setzen wir deutlich unsere
2255 Ideen von Weltoffenheit und Solidarität gegenüber.

2256 Deutschland hat bei der internationalen Zusammenarbeit, neben anderen
2257 Ländern, wie den Niederlanden und Österreich, während der Corona-Krise
2258 nicht das allerbeste Bild abgegeben. Eine der Lehren aus dieser Zeit ist,
2259 dass wir die internationale Kooperation auf kommunaler Ebene als
2260 Präventionsmaßnahme gegen Nationalismus, Chauvinismus und
2261 Fremdenfeindlichkeit verstärken müssen. Aber auch, weil wir nicht nur im
2262 Gesundheitswesen sondern auch beim Klimaschutz, bei der Verkehrswende und
2263 in der Stadtentwicklung eine globale Verantwortung haben und voneinander
2264 lernen und profitieren können.

2265 Unsere Grüne Vision für Köln

2266 Wir wollen ...

- 2267 • uns als demokratische Anti-Faschist*innen und im Bewusstsein unserer
2268 historischen Verantwortung, weiterhin entschieden für Freiheit,
2269 Gleichheit, Zusammenhalt und die Achtung und den Schutz der Würde jedes

2270 Menschen einsetzen. Wir wehren uns daher gegen die Normalisierungsversuche
2271 der Neuen Rechten.

2272 • analysieren, aufklären und informieren über die Methoden und Praktiken
2273 rechter Gruppen und Parteien

2274 • auf die Herausforderungen unserer Zeit nicht mit Fatalismus, dumpfen
2275 Parolen, Hass und Hetze reagieren, sondern wollen mit Mut, Zuversicht und
2276 Vertrauen unser gesellschaftliches Zusammenleben gestalten.

2277 • eine Stadt, in der sich Kölner*innen weiter für ein friedliches
2278 Zusammenleben und gegen jegliche Form der gruppenbezogenen
2279 Menschenfeindlichkeit einsetzen.

2280 • dem Anspruch Kölns als weltoffene Stadt durch internationale Vernetzung
2281 und weitere Beteiligung insbesondere an europäischen, aber auch
2282 internationalen Projekten, gerecht werden.

2283 • uns bei unseren internationalen Städtepartnerschaften und auf europäischer
2284 Ebene für Nachhaltigkeit und das Recht aller Menschen in Würde zu leben
2285 einsetzen.

2286 Unsere Grünen Erfolge in Köln

2287 Wir haben ...

2288 • erreicht, dass die Stadt Köln keine städtischen Räume für Veranstaltungen
2289 zur Verfügung stellt, bei denen rassistisches, sexistisches,
2290 antisemitisches, antidemokratisches, gewaltverherrlichendes oder anderes
2291 menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird.

2292 • dafür gesorgt, dass der Rat sich gegen eine Normalität im Umgang mit
2293 Rechtsextremismus und die Möglichkeit der Inszenierung von rechtsextremen
2294 und rechtspopulistischen Gruppen einsetzt und sich gegen jede Form des
2295 Antisemitismus ausgesprochen hat. Alle demokratischen Kräfte stehen

2296 zusammen gegen rechte Initiativen, rechtes Gedankengut, Beleidigungen,
2297 Vorstöße

2298 • organisiert, dass sich alle Demokrat*innen im Rat gemeinsam solidarisch
2299 gegen rechte (Mord)Drohungen und Einschüchterungen wehren und
2300 ausgesprochen haben

2301 • dazu beigetragen, dass die Informations- und Bildungsstelle gegen
2302 Rechtsextremismus, sowie das NS-Dokumentationszentrum Köln zu einem Haus
2303 der Demokratie erweitert, sowie besser ausgestattet wurden.

2304 • den fairen Handel, u. a. mit der „Fair Trade Night“ und neuen Maßnahmen
2305 zur fairen Beschaffung, gestärkt – wofür Köln mit dem Titel „Hauptstadt
2306 des fairen Handels“ ausgezeichnet wurde.

2307 • die Zusammenarbeit in den lokalen europäischen Netzwerken, wie dem Klima-
2308 Bündnis, Eurocities oder dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas wieder
2309 verstärkt.

2310 • gemeinsame Projekte wie „Grow Smarter“ und „Smart Cities“ federführend mit
2311 anderen Partnern in Europa vorangetrieben.

2312 • bei unseren Städtepartnerschaften Gruppen, die in der Menschenrechtsarbeit
2313 tätig sind und demokratische Initiativen mit Maßnahmen, Besuchen,
2314 Einladungen und finanziellen Mitteln unterstützt und uns deutlich gegen
2315 Ausgrenzung und für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt.

2316 Unsere Grünen Ziele für Köln

2317 Wir werden ...

2318 • uns dafür einsetzen, dass Rat und Verwaltung weiter entschieden gegen alte
2319 und neue rechte Strukturen in Köln vorgehen und Kommunen sich zum Umgang
2320 mit rechten Parteien und deren Propaganda austauschen.

2321 • das Führungspersonal der Stadtverwaltung zu regelmäßigen Schulungen
2322 verpflichten, in denen sie sich mit allen Formen der gruppenbezogenen

2323 Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus oder Antisemitismus
2324 auseinandersetzen.

2325 • uns für die Realisierung des längst überfälligen Mahnmals in der
2326 Keupstraße in Köln-Mülheim zum Gedenken an die Opfer rechter Gewalt
2327 einsetzen.

2328 • uns gegen Rassismus in der Kölner Gesellschaft einsetzen und dafür
2329 Projekte finanzieren.

2330 • weiterhin die dauerhafte Regelfinanzierung des NS-Dokumentationszentrums
2331 und der angeschlossenen Informations- und Bildungsstelle gegen
2332 Rechtsextremismus sicherstellen.

2333 • regelmäßige (Wander-)Ausstellungen zum Thema Nationalsozialismus und
2334 Faschismus fördern und finanzieren.

2335 • schnellstmöglich eine tragfähige Lösung für den Erhalt des Autonomen
2336 Zentrums (AZ) in Köln realisieren, wobei ein Standort u. a. die folgenden
2337 Kriterien erfüllen soll: eine dauerhafte, mietkostenfreie Lösung, z. B. in
2338 Form eines städtischen Grundstücks, gute Erreichbarkeit, wie z. B. durch
2339 eine gute ÖPNV-Anbindung, ein ähnliches Raumangebot wie am aktuellen
2340 Standort, d. h. mehrere Räume, die unterschiedlich genutzt werden können

2341 • bis ein adäquater Alternativstandort gefunden ist, dem AZ Bestandsschutz
2342 in den aktuellen Räumlichkeiten in der Luxemburger Straße 93
2343 gewährleisten.

2344 • ein geschlossenes Agieren der vielen Initiativen gegen Rechts in Köln
2345 fördern und weiterhin im Bündnis „Köln stellt sich quer“ aktiv bleiben.

2346 • uns für den Erhalt sowie Schaffung weiterer selbstverwalteter und nicht-
2347 kommerzieller Räume zivilgesellschaftlichen Engagements in Köln einsetzen.

2348 • Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine, die sich
2349 konstruktiv für die Demokratie einsetzen, unterstützen.

2350 • eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara abschließen
2351 und dazu in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Gruppen in Köln diesen
2352 Prozess begleiten.

2353 • den internationalen Austausch mit LGBTTIQ*-Gruppen in unseren
2354 Partnerstädten weiter fördern.

2355 • den Ansatz eines intersektionalen Feminismus unterstützen, der anerkennt,
2356 dass Diskriminierung mehrfach erlebt werden kann.

2357 • die kommunale Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene prioritär diskutieren
2358 und Lösungen entwickeln, damit die damit verbundenen Aufgaben weiterhin in
2359 kommunaler Hand bleiben und nicht von rein marktwirtschaftlichen
2360 Interessen bestimmt werden.

2361 • den gegenseitigen Austausch von Freiwilligen in Kooperation mit Projekten
2362 des fairen Handels, der Demokratieförderung und der Menschenrechtsarbeit

2363 und gemeinsame Handlungsprogramme beim Klimaschutz und
2364 Schulpartnerschaften ausbauen.